



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Direction de la sécurité et de la justice DSJ  
Sicherheits- und Justizdirektion SJD

Grand-Rue 27, 1701 Freiburg

T +41 26 305 14 03, F +41 26 305 14 08  
www.fr.ch/sjd

An die bei der Staatskanzlei  
akkreditierten Medien

Freiburg, 22. November 2010

Medienmitteilung

## **Der Staatsrat führt die kantonale Integrationspolitik weiter und übermittle Gesetzesentwurf an den Grossen Rat**

*Der Staatsrat hat den Entwurf und die Botschaft zum Gesetz über die Integration der Migrantinnen und Migranten und die Rassismusprävention an den Grossen Rat übermittle. Der Entwurf wurde im Rahmen der Vernehmlassung positiv aufgenommen. Gestützt auf die dynamischen Bestrebungen des Bundes legt er die Grundsätze und Ziele der kantonalen Integrationspolitik fest. Das neue Gesetz hat zum Ziel, das friedliche Zusammenleben und die Chancengleichheit zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Migrantinnen und Migranten zu fördern. Der Staat Freiburg hat einen pragmatischen Ansatz gewählt, wonach die Gemeinden eine zentrale Rolle in der Integration spielen. Seine Aufgabe der Förderung und Koordination erledigt der Staat mit schlanken Strukturen.*

Im Vergleich zum Vorentwurf weist der Entwurf geringe Anpassungen auf. Der Staatsrat hat aber verschiedene Fragen in der Botschaft vertieft, um seine Stellung in Bezug auf einzelne in der Vernehmlassung geäusserten Vorschläge und Ideen näher zu erläutern. Diese Vorschläge betreffen unter anderem die Einführung von Integrationsvereinbarungen und die Rolle der Gemeinden.

Der Staatsrat ist der Meinung, dass das Instrument der Integrationsvereinbarungen schwierig einzuführen und schwerfällig wäre, wie ein Pilotprojekt in 5 Kantonen gezeigt hat. Dieses Instrument könnte übrigens nur für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten (Nicht-EU/EFTA-Staaten) zur Anwendung kommen. Rund zehn Kantone haben auf Integrationsvereinbarungen verzichtet. In der Praxis berücksichtigt die SJD bereits den Grad der Integration einer Person bei ausländerrechtlichen Entscheiden (Erteilung der Niederlassungsbewilligung, Ausweisung, usw.).

### **Die Rolle der Gemeinden im Bereich Informationsvermittlung**

Als erste Kontaktstelle für die Migrantinnen und Migranten und insbesondere für Neuzuziehende spielen die Gemeinden eine zentrale Rolle hinsichtlich der Informationsvermittlung, hält der Gesetzesentwurf fest. Diese Funktion wird mittelfristig an Bedeutung gewinnen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden wird sich intensivieren. Für den Staatsrat wäre es nicht angebracht, die Gemeinden zu verpflichten, beispielsweise Strukturen aufzubauen oder Kontaktpersonen zu ernennen, wie im Rahmen der Vernehmlassung angeregt wurde. Der heutige freiwillige und partnerschaftliche Ansatz in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden habe bisher zu

guten Resultaten geführt, schreibt der Staatsrat. Die Bedürfnisse der Gemeinden sind zudem sehr heterogen.

### **Bund will Integrationsförderung verstärken**

In Zukunft will der Bund seine strategische Funktion in der Integrationsförderung noch aktiver wahrnehmen. Seine Beiträge an die Kantone sollen erhöht und womöglich ein Bundesgesetz über die Integration erarbeitet werden. Die Einführung eines neuen Artikels über die Integration in der Bundesverfassung, wie im Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative vorgesehen, würde eine neue Dynamik in die schweizerische Integrationspolitik einbringen.

Im Frühjahr 2010 hat das Bundesamt für Migration (BFM) die Kantone eingeladen, bis 2014 kantonale Programme für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer im Allgemeinen, für die Integration der Personen aus dem Asylbereich und für die Diskriminierungsprävention zu entwickeln. Der Staat Freiburg hat dazu eine Bundesfinanzierung erhalten. Das neue Programm wird von der SJD in Zusammenarbeit mit der GSD erarbeitet.

#### **Informationen**

—

**Erwin Jutzet**, Staatsrat, Sicherheits- und Justizdirektor, T +41 26 305 14 03

**Bernard Tétard**, Delegierter für die Integration der Migrantinnen und Migranten, T +41 26 305 14 68

**Claudine Godat**, Kommunikation SJD, T +41 26 305 14 07

**Anhang** : Gesetzesentwurf und Botschaft

—

[http://www.fr.ch/publ/de/pub/botschaften\\_berichte/2007\\_11/201\\_250.htm](http://www.fr.ch/publ/de/pub/botschaften_berichte/2007_11/201_250.htm)